

## NACHRICHTEN

**Sprengsatz entschärft**

BAMBERG: Die Polizei hat an dem Wohnhaus einer jüdischen Familie in Bamberg einen Sprengsatz entschärft. Ein rechtsextremistischer Hintergrund werde nicht ausgeschlossen, sagte ein Sprecher des Bayerischen Landeskriminalamts am Montag. «Wir ermitteln aber in alle Richtungen.» Der Sprengsatz sei am Hoftor des Hauses der Familie gefunden worden. Derzeit sei noch unklar, ob er funktionstüchtig gewesen sei. Die Familie habe in Bamberg eine Gaststätte betrieben. Zur Klärung des Delikts sei eine Sonderkommission gebildet worden.

**KFOR-Soldat gesteht tödliche Schüsse**

GNJILANE: Ein US-Soldat der Friedenstruppe KFOR hat sich am Montag vor einem Gericht im Kosovo zu tödlichen Schüssen auf einen Albaner bekannt. Drei Serben werden wegen Mordes seit etwa einem Jahr festgehalten. Der US-Unteroffizier räumte gestern im Gnjilane im Osten der jugoslawischen Provinz vor einem französischen Richter ein, geschossen zu haben, «um seine Soldaten zu schützen». Das Gerichtsverfahren, bei dem 37 Soldaten als Zeugen ausagten, war öffentlich. Für einen Mord an dem Albaner waren drei Serben von der KFOR festgenommen worden. Die Männer wurden seit mehr als einem Jahr im US-Camp Bondsteel festgehalten. Ein im April begonnenes Verfahren vor einem albanischen Richter war ausgesetzt worden.

**Rückzug der «Ärzte ohne Grenzen»**

PRISTINA: Die Organisation «Ärzte ohne Grenzen» stellt ihre Hilfsaktionen im Norden des Kosovo ein, um gegen die Verfolgung von Minderheiten in der Provinz und das mangelhafte Engagement der internationalen Gemeinschaft zu protestieren. «Die Minderheiten werden weiterhin terrorisiert. Dies ähnelt einer ethnischen Säuberung, zumindest einer ethnischen Gleichmachung», sagte der Leiter der Mission im Nordkosovo, Philippe Rosen, der Nachrichtenagentur AFP am Montag. Die Mediziner wollten nicht zu stillen Komplizen des Geschehens werden und hätten sich angesichts der kontinuierlichen Verschlechterung der Lage zur Einstellung ihrer Arbeit entschlossen, sagte Rosen, der der belgischen Mission im Nordkosovo vorsteht. Von der Massnahme betroffen seien die zwischen Serben und Kosovo-Albanern geteilte Stadt Kosovska Mitrovica sowie die serbischen Enklaven um Srbica und Vucitrn. Die häusliche Betreuung und die Gesundheitsversorgung in mobilen Krankenhäusern würden eingestellt, sagte Rosen.

**Putin unterzeichnet Steuerreform-Paket**

MOSKAU: Mit der Unterzeichnung einer Reihe von Steuergesetzen hat der russische Präsident Wladimir Putin am Montag eine tief greifende Steuerreform eingeleitet. Die Steuerreform gilt als Kernstück der von Putin geplanten marktwirtschaftlichen Reformen. Seit die Steuergesetze im vergangenen Monat vom russischen Parlament verabschiedet wurden, hat die russische Börse Kursgewinne erzielt. Die Steuerreform sieht unter anderem die Einführung eines einheitlichen Einkommenssteuersatzes von 13 Prozent vor. Zudem soll die Umsatzsteuer reduziert werden, die die Unternehmen bisher unabhängig von einem Gewinn abführen mussten.

# Schlechte Voraussetzungen

Serbische Opposition tritt mit zwei Kandidaten gegen Milosevic an

BELGRAD: Die jugoslawische Opposition geht zerstritten in die Präsidentschaftswahl vom 24. September. Das Parteienbündnis Vereinte Demokratische Opposition nominierte am Montag in Belgrad Vojislav Kostunica, den Chef der Demokratischen Partei Serbiens (DSS), zu ihrem Kandidaten.

Die Entscheidung sei von den 15 beteiligten Parteien einstimmig getroffen worden, teilte die Neue Demokratische Partei mit. Die stärkste Oppositionspartei, die Serbische Erneuerungsbewegung von Vuk Draskovic, hatte am Sonntag mit dem Belgrader Bürgermeister Vojislav Mihajlovic einen eigenen Kandidaten benannt.

Von zwei konkurrierenden Oppositionskandidaten würde nach Ansicht von politischen Beobachtern vor allem der amtierende Präsident Slobodan Milosevic profitieren, der dank einer Verfassungsänderung erneut antreten kann.

Nach der offiziellen Nominierung sagte Kostunica, er sei überrascht über die grosse Unterstützung gewesen. Dies sei «ohne Zweifel das Ergebnis meiner Politik». Er habe sich nicht aufstellen lassen, weil er



Angespannte Situation in Jugoslawien: Amerikanische Soldaten sorgen in den Strassen für Ruhe.

dies gewünscht habe, sondern «weil dies meine Pflicht ist».

Zuvor hatte er noch gesagt, er wolle nur gegen Milosevic antreten, wenn der Streit mit der SPO beigelegt werden könne. Der Chef der Demokratischen Partei, Zoran Djindjic, kündigte den Beginn des Wahlkampfes für Dienstag an.

Der 56-Jährige Kostunica gilt als integer, aber nationalistisch. Im alten Jugoslawien gehörte er zum antikommunistischen Dissidentenkreis. 1974 wurde er von der Juristischen Fakultät in Belgrad entlassen, weil er gegen damalige Verfassungsänderungen protestierte, die angeblich Serbien benachteiligten.

1990 war er Mitbegründer und Chef der Demokratischen Partei, die er aber verliess, als sie den streng nationalen Kurs aufgab. 1992 gründete er seine DSS. Ein Parteiziel ist die Bildung eines «serbischen Nationalstaates», inklusive der früheren Serbengebiete in Kroatien und Bosnien.

## Deutsche sollen «Gesicht» zeigen

Stärkerer Kampf gegen Rechtsextremismus - Serie der Gewalttaten geht weiter

DÜSSELDORF: Im Kampf gegen den Rechtsextremismus sollen jetzt alle Deutschen «Gesicht zeigen». Vertreter der Regierung und des Zentralrats der Juden stellten am Montag eine Initiative unter diesem Arbeitstitel vor. Die Serie rechtsextremistischer Zwischenfälle riss auch gestern nicht ab.

Der Präsident des Zentralrates, Paul Spiegel, sprach von einer «unerträglichen Situation, von der wir geglaubt haben, dass sie nie in Deutschland wieder so sein würde». Eine «Hand voll verbohrt Verbrecher» dürfe nicht kaputt machen, was in 55 Jahren aufgebaut wurde.

Sein Stellvertreter Michel Friedman beklagte, in den letzten Jahren habe sich ein «Bodensatz von geistiger Brandstiftung» entwickelt. Dadurch werde besonders für Heranwachsende «der Weg zum Schlagen kurz». Ihnen müsse klar gemacht werden, dass ausländerfeindliche

Gewalttaten nicht Jugendstunde oder Bagateltsache, sondern schwere Kriminalität seien.

**Widerstand**

Gemeinsam mit Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye präsentierten Spiegel und Friedman in Düsseldorf die geplante Initiative gegen rechte Gewalt. Demnach soll ein gemeinnütziger Verein mit Hilfe von Prominenten ein «flächendeckendes Schneeballsystem» in Gang setzen, um auf breiter Front den «selbstverständlichen Widerstand der Demokraten» gegen Rechts zu organisieren. Zahlreiche Prominente hätten sich zur Mitarbeit bereit erklärt, darunter Kanzlergattin Doris Schröder-Köpf, die Schauspielerin Veronica Ferres, der TV-Moderator Günther Jauch und zahlreiche Sportler und Vertreter der Wirtschaft, hiess es.

Zuvor waren bereits der Rockmusiker Marius Müller-Westernhagen,

das Folklore-Duo «Wildecker-Herzbuben» sowie das Ensemble der RTL-Serie «Gute Zeiten, schlechte Zeiten» genannt worden. Das Bündnis solle aber «keine Prominenten-Show» werden, sagte Spiegel. «Wir wollen, dass Menschen, die eine Vorbildfunktion haben, sich melden.»

**Grossaktion im September**

Erstmals soll das Bündnis mit einer Grossveranstaltung Ende September in Berlin die breite Öffentlichkeit mobilisieren. Alle Menschen sollten ermutigt werden, etwas gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus zu tun.

Die Aktion unter dem Arbeitstitel «Gesicht zeigen» knüpft an die Initiativen gegen Rechts an, die sich Anfang der 90er Jahre in Deutschland nach den schweren rechtsextremistischen Anschlägen von Mölln und Solingen gebildet hatten. Damals protestierten Hunderttau-

sende mit Lichterketten gegen die rechte Gewalt.

**Neue Zwischenfälle**

Gestern wurden in Deutschland fünf neue rechtsextreme Zwischenfälle gemeldet. Im ostdeutschen Gotha wurde ein 17-Jähriger von drei rechten Jugendlichen grundlos schwer verletzt. In Bamberg (Bayern) entschärft die Polizei einen Sprengsatz vor dem Haus einer jüdischen Familie.

In Dielkirchen im Bundesland Rheinland-Pfalz wurde ein jüdischer Friedhof geschändet. Mehrere Gräber wurden mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. Zuvor war bereits die Schändung des jüdischen Friedhofs im nahe gelegenen Rockenhausen gemeldet worden. Im niederbayerischen Ambruck und im sächsischen Delitzsch ging die Polizei gegen zumeist jugendliche Randalierer vor, die Personen anpöbelten und rechtsextreme Parolen riefen.

## Eindringlinge aus Tadschikistan

Usbekische Armee kämpft gegen Bewaffnete im Süden

MOSKAU: Die Armee von Usbekistan kämpft im bergigen Süden des Landes gegen etwa 100 Bewaffnete, die aus Tadschikistan eingedrungen sind. Die «Terroristengruppe» soll laut Angaben aus Usbekistan bereits Anfang August eingedrungen sein. Der russische Präsident droht mit Massnahmen gegen die Ausbildungslager.

Die angeblich in Afghanistan ausgebildeten Männer hätten versucht, mehrere Bergdörfer zu besetzen, erklärte die usbekische Regierung in Taschkent am Montag nach Angaben der Agentur Interfax. Die Armee habe bei den Kämpfen Verluste erlitten. Diese wurden aber nicht näher beziffert.

**Über die bis zu 4000 Meter hohen Pässe gekommen**

Die Gefechte fanden den Angaben nach im Gebiet Surchandarya

statt, das teils an Tadschikistan, teils direkt an Afghanistan grenzt. Die tadschikische Armee blockiere von ihrer Seite die gut ausgerüstete Rebellenarmee, die über bis zu 4000 Meter hohe Gebirgspässe nach Usbekistan gekommen sei.

Usbekistan erklärte gestern, seit Anfang August seien «die Terroristengruppen eingesickert mit dem Ziel, sich in den unzugänglichen Berggebieten festzusetzen». Sie seien gut ausgerüstet mit Scharfschützengewehren, Granatwerfern und Nachtsichtgeräten.

**Instabile Region in Zentralasien**

Schwer bewaffnete Gruppen islamistischer Rebellen halten die instabile Region Zentralasien immer wieder in Atem. Im August 1999 drang eine 500 Mann starke Streitmacht, geführt von dem Usbeken Namangoni, von Tadschikistan in

den Süden Kirgisiens ein. Sie nahmen dort Geiseln, besetzten mehrere Dörfer und wurden von der kirgisischen Armee erst nach wochenlangen Kämpfen vertrieben. Unterstützt und ausgebildet werden die Gruppen angeblich von den in Afghanistan herrschenden Taliban-Milizen und dem Terroristen-Chef Osama bin Laden. Russland wirft den Taliban vor, auch die Rebellen in Tschetschenien zu unterstützen.

**Drohgebärde von Vladimir Putin**

Präsident Wladimir Putin drohte mit Präventiv-Schlägen gegen afghanische Ausbildungslager für Terroristen. Der jüngste Krieg im russischen Nordkaukasus hatte vor genau einem Jahr mit dem Einmarsch islamistischer Rebellen aus Tschetschenien in Dörfer der Teilrepublik Dagestan begonnen.

